



Medienmitteilung

Zur Medienmitteilung des Regierungsrates betr. Spitalversorgungsgesetz

Die BDP stellt mit Befriedigung fest, dass die Regierung den Kommissionsantrag betreffend die Bildung von regionalen Spitalholdings übernommen hat und auch die Überführung der psychiatrischen Kliniken in eine AG befürwortet. Weiter ist die BDP erfreut darüber, dass die Regierung zur Einsicht gelangt ist, dass die Steuerung der Leistungsmengen primär durch die Tarifpartner zu erfolgen hat. Die Details der Volumensteuerung durch den Grossen Rat brauchen noch weitere Diskussionen. Die BDP geht davon aus, dass dies ein Thema für die 2. Lesung sein wird.

Hingegen ist die BDP enttäuscht von der nach wie vor sturen Haltung des Regierungsrates bezüglich des Ausgleichsfonds. Die Abgabe aus den Behandlungen an zusatzversicherten Patienten löst keine Probleme, sondern schafft sehr viele Neue. Der Regierungsrat wird damit die Zusatzversicherungen erheblich verteuern und trägt damit einerseits dazu bei, dass sich weniger Bernerinnen und Berner eine solche Versicherung überhaupt leisten können. Andererseits sind es gerade die Erträge aus dem Zusatzversicherungsbereich, die auch in den öffentlichen Spitälern zu einer Entlastung der angespannten Situation beitragen. Mit der Abgabe wird sich die Situation unnötig noch weiter verschärfen. Fällt 1/5 dieser Erträge weg, führt dies zu einer substanziellen Verschlechterung die durch allfällige Beiträge aus dem Ausgleichsfonds kaum wieder wett zu machen sind.

Zur Erinnerung: im Kanton Zürich wurde ein solcher Fonds vom Volk abgelehnt. Dieser Fonds sah eine Abgabe von 5% aus den Gewinnen der Behandlung von Zusatzversicherten vor. Der Kanton Bern möchte bis zu 20% des Umsatzes für seinen Ausgleichsfonds einkassieren.

Auskünfte: Grossrat Enea Martinelli, Fraktionssprecher der BDP, 079 427 51 34

Bern, 28. Februar 2013